

**Abteilung Kommunikation**  
**Erwinstraße 7**  
**30175 Hannover**

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
**Am Mittelfelde 169**  
**30519 Hannover**

Kontakt:  
Kerstin Hiller  
Tel.: 0511 2800 00-480  
mobil: 0172 379 50 56  
E-Mail: [kerstin.hiller@drklvnds.de](mailto:kerstin.hiller@drklvnds.de)

Kontakt:  
Ulrich Lottmann  
Tel.: 0511 879 53 18  
mobil: 0172 634 24 66  
E-Mail: [medien@nlt.de](mailto:medien@nlt.de)

2.7.2025

## **DRK und NLT fordern: Mehr Mittel für den Katastrophenschutz**

Die Niedersächsischen Landkreise und das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Niedersachsen, fordern deutlich mehr Mittel für den Katastrophenschutz in Niedersachsen. „Die finanzielle Lage unserer Katastrophenschutz-Einheiten ist dramatisch. Unsere Aufwendungen bei Ausbildung, Fahrzeugen und Material tragen wir größtenteils selbst. Die laufenden Kosten für Treibstoffe, Mieten, Strom und vieles anderes steigen seit Jahren, die Zuweisungen des Landes aber nicht. Das kann so nicht weitergehen“, weist DRK-Landesgeschäftsführer Dr. Ralf Selbach auf eine sich dramatisch zuspitzende Lage in Niedersachsen hin.

Die Vorbereitung auf Katastrophenfälle ist Aufgabe der unteren Katastrophenschutzbehörden, die sich maßgeblich auf Einheiten der Hilfsorganisationen stützen. „Landkreise und Region Hannover stecken schon heute deutlich mehr Geld in den Katastrophenschutz, als sie vom Land erstattet bekommen. Für 2025 sind es nicht einmal 70 Cent pro Einwohner. Manche Landkreise haben uns vorgerechnet, dass sie mindestens das Sechsfache ausgeben. Hier muss dringend wegen der aktuellen Sicherheitslage nachgesteuert werden“, erklärt das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Dr. Joachim Schwind.

Selbach und Schwind, die beide auch seit 2017 gemeinsam als stellvertretende Vorsitzende des Niedersächsischen Landesbei-

rats Katastrophenschutz gewirkt haben, sind sich einig: „Die Anforderungen im Katastrophenschutz sind dramatisch gestiegen, nur die Finanzierung wird faktisch weniger. Naturereignisse, Pandemien, kriminelle und terroristische Bedrohungen sind real, selbst kriegsartige Konfrontationen rücken näher. Die Menschen erwarten, dass Behörden und Hilfsorganisationen sich ganz anders vorbereiten. Die Zeitenwende darf nicht nur im militärischen Bereich stattfinden, sie muss auch im Katastrophenschutz und beim Ehrenamt vor Ort ankommen. Entsprechend der Landtagsentschließung vom 25. September 2024 fordern wir dringend, auch die konsumtiven Kosten der Katastrophenschutzseinheiten besser zu unterstützen und das ad-hoc-Paket aus 2022 angemessen auch ab 2026 fortzusetzen.“

Selbach und Schwind können nicht nachvollziehen, dass es trotz der auch von der Bundeswehr anerkannten Bedeutung eines modernen Katastrophenschutzes und damit einer leistungsfähigen Zivilverteidigung immer noch kein entsprechendes Paket von Bund und Ländern gibt. „Die zivile Seite der Verteidigung wird gerne vergessen. Über den Bundesrat haben die Länder ihre Forderungen an den Bund adressiert. Das finden wir richtig. Unser primärer Ansprechpartner ist aber das Land. Wir müssen die Einsatzfähigkeit unserer bestehenden Einheiten jetzt sichern und hoffen auf spürbare Bewegung im Landeshaushalt 2026. Daneben wäre es sehr sinnvoll, wenn das Land bei den anstehenden Projekten im Rahmen des Investitions-Sondervermögens einen Schwerpunkt bei der landesweiten Katastrophenschutz-Infrastruktur setzt“, appellieren Schwind und Selbach an Landesregierung und Landtag.